

Pläne sind schon weit gediehen

Entsteht an Lärmschutzwand der B33 bei Offenburg Photovoltaikanlage?

Lesezeit 3 Minuten

28. Juli 2023 Christian Wagner



600 Photovoltaik-Module will Markus Schrimpf (rechts) mit seiner Bürger-Energie-Genossenschaft an der Lärmschutzwand der B33 bei Elgersweier anbringen. Am Freitag stellte er das Projekt Staatssekretärin Elke Zimmer (Grüne) aus dem Verkehrsministerium und dem Offenburger Landtagsabgeordneten Thomas Marwein (Grüne) vor. ©JO FICHTNER

Eine Bürger-Energie-Genossenschaft um Markus Schrimpf will an der Lärmschutzwand an der B33 bei Elgersweier eine Photovoltaikanlage installieren. Sie könnte den Strombedarf von 85 Haushalten abdecken. Einen Knackpunkt gibt es aber noch.

Markus Schrimpf hat zum Vor-Ort-Termin gleich ein Photovoltaik-Modul mitgebracht. Rund 600 davon sollen so schnell wie möglich die 460 Meter lange Lärmschutzwand an der B33 bei Elgersweier zieren. Schrimpf ist Sprecher einer Gruppe "Energiewende-begeisterter Bürger", wie er sagt.

400.000 Euro Investition

Wenn es mit der Genehmigung für das Vorhaben klappt, will er eine Bürger-Energie-Genossenschaft gründen und das Projekt umsetzen. Rund 350.000 bis 400.000 Euro müssten investiert werden, den Stromertrag hat er mit rund 250 Kilowatt-Peak (kwp) errechnet, womit rund 85 Haushalte versorgt und zirka 50.000 Euro pro Jahr erwirtschaftet werden könnten.

260 Potenzialflächen im Land

Staatssekretärin Elke Zimmer vom Landesverkehrsministerium ist von dem Vorhaben genauso angetan wie der Offenburger Landtagsabgeordnete Thomas Marwein (beide Grüne). Kein Wunder: Hat doch das Verkehrsministerium Anfang 2022 dazu aufgerufen,

Potenzialflächen für erneuerbare Energie zu melden. 650 Flächen seien daraufhin vorgeschlagen worden. Nach einer Prüfung sind laut Zimmer 260 davon noch im Rennen. In der Ortenau sind dies 28 Flächen, eine davon ist der Solarpark an der B33 bei Gengenbach-Fußbach (OT, 29. Juni), eine weitere jene an der Lärmschutzwand.

Pilotcharakter

Es wäre die erste PV-Anlage im Land, die an einer bestehenden Lärmschutzwand realisiert würde, erklärt Marwein. Das hat Pilotcharakter, birgt aber auch Konfliktpotenzial. Wie Markus Schrimpf erzählt, sei die Kontaktaufnahme mit dem Verkehrsministerium ruck, zuck erfolgt. Recht schnell sei ihm auch ein Nutzungsvertrag vom Regierungspräsidium (RP) vorgelegen. Die Miete sei fast ideeller Natur: Keine 1000 Euro pro Jahr werden laut Schrimpf verlangt.

Bauwerk darf nicht leiden

Das Straßenbauamt sorgt sich allerdings nun darum, dass die Lärmschutzwand durch den Anbau Schaden nehmen könnte. Die Module sollen aus Richtung Elgersweier im oberen Bereich der Lärmschutzwand angeschraubt werden, und zwar so, dass die regelmäßigen Bauwerksprüfungen der Wand problemlos erfolgen können. Die Abstimmungen hierzu laufen gerade.

Elke Zimmer hat für die Sorgen des Straßenbauamts Verständnis: "Das Risiko muss kontrollierbar sein. Da sind Autos unterwegs!" Es sei sowohl im Interesse des Straßenbauamts als auch der Bürger-Genossenschaft, dass die Wand auch in 30 Jahren noch stehe.

Weitere Pläne

Schrimpf würde gerne noch in diesem, spätestens im nächsten Jahr loslegen. In einer Ausbauphase kann er sich eine Verlängerung der PV-Anlage in Form eines Solarzauns bis zur Umspann-Station des E-Werks und auf dem Lärmschutzwand bei Uffhofen vorstellen. Auch landwirtschaftliche Flächen, die Offenburger "Brezel" und eine Halle bei Griesheim hat er für PV-Projekte im Visier.

Aufmerksamer Zuhörer bei dem Vor-Ort-Termin ist Elgersweiers Ortsvorsteher Michael Rais. "Zu kurz!", sagt er spontan, als Schrimpf die Länge der Lärmschutzwand mit 460 Metern angibt. Elgersweier kämpft seit Jahren dafür, dass die Wand den ganzen Ort schützt. Doch der Ortschaftsrat beiße beim RP auf Granit, weil die Lärmschutzwerte eingehalten würden.

Lärm sorgt für Ärger

Dabei sei es seit dem vierspurigen Ausbau der Strecke viel lauter geworden, die Straße sei bei den Arbeiten um mindestens einen halben Meter angehoben worden, weshalb das Lärmproblem akuter denn je sei. Rais: "Die Menschen nehmen es definitiv anders wahr als das Regierungspräsidium!"

INFO: Potenzialflächen können nach wie vor beim Regierungspräsidium Freiburg vorgeschlagen werden.

Um selbst Kommentare schreiben zu können benötigen Sie ein